

Für dumm verkauft

Zu: „Strengere Vorgaben für Investoren“, FR-Regional vom 21.12.

CDU, SPD und Grüne haben einen sogenannten Baulandbeschluss beschlossen, in dem der Magistrat zwei Drittel der Bodenwertsteigerung abschöpfen will. Ein gewaltiger Rundumschlag! Eine Bodenwertsteigerung, die er selbst durch seine Bebauungspläne verursacht hat, indem er eine exorbitante Ausnutzung der Grundstücke im Bereich des Hochhausrahmenplanes zulässt.

Zur Erinnerung; Die Baunutzungsverordnung hat einen Höchstwert für das Kerngebiet (MK) eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 3,0, der Magistrat genehmigt Bauvorhaben mit einer GFZ von 13,4. Dem Baulandbeschluss stimmte selbst die CDU und die Grünen zu, und das kann sie auch beruhigt tun; denn dieser Beschluss wird nur bei neuen Bebauungsplänen wirksam, wo er auch genauso wirksam angefochten werden wird. Und wer garantiert, dass der Magistrat nicht auch ohne einen Bebauungsplan nach § 34 BauGB und dem „Frankfurter Landrecht“ genehmigt? Bei dem chronisch unterbesetzten Planungsamt? Früher nannte man solche Beschlüsse „Papiertiger“, heute kann man sagen, die Wähler werden für dumm verkauft. Konrad Mohrmann, Frankfurt

Im mobilen Minihaus

Bonameser Straße: „Bewohner fühlen sich kriminalisiert“, FR vom 3.1.

Als Wohnung im Ruhestand schwebt mir was nach Art der amerikanischen Tiny Houses vor. Klein und luftig soll es sein – ohne überflüssigen Ballast, wie eine Mönchszelle. Und am besten flexibel, was den Standort anbetrifft. Nicht nur ich kann dem mobilen Minihaus oder dem versetzbaren Wohncontainer was abgewinnen. Es gibt mittlerweile so was wie eine Tiny-House-Bewegung auch in Deutschland. Tchibo hat schon Minihäuser angeboten.

Verehrter Magistrat, da kommt hoffentlich was auch zu. Es wird in Zukunft wohl immer mehr Leute geben, die möglichst minimalistisch wohnen wollen, gern in Gemeinschaft mit anderen, und wenn's geht mobil. Da erwartet man von der Politik Gesprächsbereitschaft und möchte ungern als „ordnungspolitisches Problem“ behandelt werden, so wie die Wohngemeinschaft Bonameser Straße. Familien, die in brauner Vergangenheit verfolgt wurden, nimmt man nicht das Zuhause weg. Wer in dieser oder ähnlicher Form wohnen will, der sollte es auch dürfen.

Es gibt ein normales, ein „ordentliches“ Leben auch jenseits von Reihenhaus und Co. Das Baurecht ist für den Menschen da. Nicht umgekehrt. So hoffe ich, dass Ihr euren ordnungspolitischen Standort bewegt. Brigitte Meinecke, Nieder-Eschbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Anschließend Diskussion. Anmeldung unter info@genusskomplizen.net.
Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr
Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt

Bascha Mika, Katja Thorwarth und **Sonja Thomaser** lesen im Hate Slam irre und böse Leserbriefe an die Redaktion.
Sonntag, 26. Januar, 19 Uhr
Neues Theater Höchst, Antoniterstraße 18, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Ev. Stadtakademie.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Abfalleimer der Mobilität

E-Scooter: „Durch Frankfurt rollen“, FR-Regional vom 27. Dezember

Zum Thema E-Scooter wäre radikal zu sagen, dass diese „Dinger“ nur auf Fahrstraßen und in bestimmten sinnvollen Abständen abgestellt werden dürfen. Nur hier können sie entsichert werden. Außerdem darf mit Ihnen nur auf Fahrstraßen und Fahrradwegen gefahren werden. Saftige Strafen und strikte Kontrollen sind unbedingt notwendig, damit sich die Unsitte nicht – so wie auf den Fahrradstreifen, die gefährlich als Kurzparkplätze benutzt werden – einbürgert. Dieses Ordnungssystem müsste schnellstens installiert werden.

Die Abstellplätze – auch wenn es weh tut (z. B. die Ortsbeiräte, die stets vehement für den Erhalt von Parkplätzen strei-

ten) – gehen natürlich zulasten von Pkw-Stellplätzen im Straßenraum. Es ist mir unbegreiflich, warum die Stadt Frankfurt noch nicht in diesem Sinne reagiert hat. Der Verkehrsdezernent hat ja eventuell andere Sorgen, aber hier ist Gestaltung für eine gesamte Stadt gefragt. Man kann auch Sorge tragen, dass dafür Leute eingestellt werden. Über Computerisierung wäre diese, wenn auch etwas alberne, Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Das trifft auch für die Leihfahrräder zu. Sie schneiden allerdings besser im Abwägen über sinnvolle, alternative Verkehrsmobilität ab als die Kinderroller. Für die Beordnung dieser neuen

Verkehrsmobilität müssen die Anbieter in die Pflicht genommen werden, wenn dies ein akzeptabler Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs in Innenstädten sein soll. Nicht nur das Gewinnemachen der Anbieter kann im Vordergrund stehen. Arbeit, die zum Betrieb und zur Betreuung geleistet werden muss, sollte den Tarifbestimmungen Rechnung tragen und darf nicht auf den Billiglohnsektor abgeschoben werden.

Also auf, Stadt Frankfurt, mach's zum echten Thema der Verkehrsberuhigung in Städten. Der öffentliche Stadtraum darf nicht weiter „Abfalleimer“ der Mobilität werden.

Oskar Voigt, Frankfurt

Heumgeeiern und Umkippern

Städtische Bühnen: „Sanierung oder Neubau?“, FR-Regional vom 4. Januar

Vor einem Jahr gab es einen Artikel „Koalition nähert sich dem Neubau der Bühnen“. Nun eine öffentliche Diskussion, und diese offensichtlich ohne die Kulturdezernentin Ina Hartwig, initiiert (?) von dem „Patronatsverein“ mit dem Vorsitzenden Andreas Hübner. Er meint, dass nun endlich entschieden werden muss, weil die Bühnengestellten ein Recht darauf hätten.

Ja, es wurde und wird politisch von allen Seiten viel herumgeeiern. Interessenkonflikte treffen aufeinander. Das wurde wohl auch im November im DAM deutlich. Peter Iden spricht mir aus dem Herzen, der ein „leidenschaftliches Plädoyer für

die Oper und Schauspiel am Traditionsplatz Willy-Brandt-Platz“ hielt. Stimmen über das Foyer, aus dem man in die Stadt sieht und das unbedingt erhaltenswert ist, wurden bisher ebenso laut. Jan Schneider, Baudezernent und CDU Fraktionsvorsitzender, ist offensichtlich für einen Neubau, weil auch die Interimslösung teuer würde. Einen anderen Standort könne er sich vorstellen. Und was lässt die Römer-SPD (Teile wohl!) verlauten? Dass sie sich eine neue Oper am Osthafen genauso vorstellen könne wie die CDU. Diese Umkippern der SPD kann ich nicht mehr verstehen, bei allen Kompromissen, die in der Politik ge-

macht werden müssen. Noch ist nicht klar wie hoch eigentlich die Kosten für eine Komplettsanierung aussehen. Und doch wird politisch kräftig Stimmung gemacht. Der Kommentar von Schneider auf offensichtliche Beiträge der beteiligten Menschen, man solle die Dinge nicht übertreiben, ein solcher Ort könne auch an anderer Stelle entstehen, finde ich von wenig Kenntnis von Raumerlebnissen geprägt.

Nein, ein solcher Ort kann eben nicht an einem anderen Ort entstehen. Die Bühnen müssen dort am Willy-Brandt-Platz bleiben und mit diesem vorhandenen Foyer. Anita Engel, Frankfurt

Menschlich verständlich

Zu: „Schädeldecke im Dom“, FR-Regional vom 24. Dezember

Herrlich, wie Stefan Behr, der sonst launig über böse Buben berichtet, nun die heilige Hirnschale des Apostels Bartholomäus auf seinen satirischen Arm nimmt. Dabei ist die Hirnschale des Bartholomäus nicht mal das skurrilste Objekt der Reliquienverehrung in der Geschichte der katholischen Kirche. Man bedenke, dass im Mittelalter mehrere Versionen der heiligen Vorhaut Jesu im Umlauf waren. Man denke auch an das angebliche Leichentuch Jesu, das berühmte „Grabtuch von Turin“, das so lange als echt galt, bis die Radiocarbonatierung es als eine Fälschung aus dem Mittelalter entlarvte. Und wahrscheinlich würde auch eine wissenschaftliche Untersuchung besagten Schädels eine spätere Herkunft als die Zeit Jesu und seiner Apostel ergeben.

Es ist menschlich verständlich, dass schon die ersten Christen den Gräbern derer, die wegen ihres Glaubens ermordet worden waren – man nannte sie Märtyrer –, Hochachtung entgegenbrachten. Auch viele moderne Menschen bewahren Objekte auf, die sie an liebe Verstorbene

erinnern. Daran ist nichts auszusetzen. Aber gegen „Verehrung“ oder gar „Anbetung“ der sogenannten Reliquien und jede Übertreibung und vor allem jede Geldmacherei haben sich schon immer auch katholische Amtsträger gewehrt. Erst recht die Reformatoren. Martin Luther nannte die Sache mit dem sogenannten „Heiligen Rock zu Trier“ schlicht „Bescheißerei“.

Aber selbst wenn man alle Fälschungen ausschliesse, irgend etwas fände, das tatsächlich aus der Zeit Jesu stammte, so hätte es doch mit dem aktuellen Christentum wenig zu tun. Im Dom finden sich neben den zahlreichen Touristen immer noch viele Menschen ein, die einfach innerlich zur Ruhe kommen wollen, die beten und meditieren – ob mit oder ohne Bartholomäushirnschale. In der Liebfrauenkirche, nicht weit vom Bartholomäusdom entfernt, wird effektive Obdachlosenarbeit geleistet. Viele Menschen in den vielen Gemeinden versuchen, in ihrem Alltag den christlichen Auftrag zur Nächstenliebe zu erfüllen. Darauf kommt es an. Josef Greif, Frankfurt

In einem Atemzug

Zu: „Feldmann, die AWO und das viele Geld“, FR-Regional vom 31.12.

Die rückhaltlose Aufklärung der AWO-Affäre ist zwingend erforderlich. Auch die Dienstwagenvergabe ist beim besten Willen nicht nachvollziehbar. Unverständlich allerdings ist, dass bei den angegebenen Dienstwagenkosten (z.B. bis zu 80 000 Euro) in einem Atemzug der „Dienstwagenskandal“ der Frau des Oberbürgermeisters Feldmann genannt wird. Wie der Presse zu entnehmen war, handelt es sich bei diesem Fahrzeug um einen Kleinwagen der Marke Ford, Modell Fiesta, also ein Fahrzeug, das die der Familie Feldmann nicht Wohlgesonnenen aufgrund eines zu erwartenden Imageverlustes wohl kaum benutzen würden.

Um die Leser der FR vor Irreführung zu bewahren, sollte man so viel Anstand im Rahmen von Presseveröffentlichungen erwarten können, darauf hinzuweisen, welches Fahrzeug Frau Feldmann zur Verfügung gestellt wurde. Ingrid u. Joachim Schairer, Frankfurt